

4958 85624
92088 92779

aus nahm fast
pensionsgehe
ndert an. In
sperger (Edin)
aber, als er
berhaupt aufs
emeinde Ober
um 7 Mitglie
Ausdehnung
nds, nachdem
auf 7000 M.
brigen Gegen
euer-Erlaß.
barte beschloß
blehnung jeden
ei einem ein-

melbet aus
ß Pulver und
eine Explosion
a vernehmbar
10 Tode, und
dem Gruben-
anteritten per
Polizei-Erklär.

her
Verein.
Morgens 9
des Ehren-
des Gen.
den hiermit
Morgens
gutten, um
von da zum
rstand.

stliche
höher.
he.
den Ein-
Umgegend
zu machen,
s Geschäfts
merzlosen

ähne
ebisse
(ohne Be-
sowie zum
Verfikt-
boller
währten
auch zum
so faden-
sofortigen

ch in und
Aufenthalt
Mts. bei
rath, den
omb e in
Mts. bei
mm

rup
tel gegen
nd Brust-
50 Pfg.,
en,
enz
en ohne
a brief.
schlich
en zur
ne 15—
stän-
infstia-
rospecte

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: **Jos. Eich.**
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: **P. A. Schmitz.**
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nachfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile aber
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Abonnements für den Monat März

zu 1/3 des Quartalpreises, können bei allen Postanstalten, bei
unsern Voten, sowie in der Expedition angemeldet werden.

Gesellschaft für Buchdruckerei:
Joseph Broig. P. A. Schmitz.

Amliches.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Die Gerichts-Äffessoren Freiherr von Korf in Haltern und
Schmidt in Paderborn zu Amtsrichtern zu ernennen.

Landtagsverhandlungen. Herrenhaus.

CPC. Berlin, den 17. Februar.

Die Sitzungen des Herrenhauses waren seit langem wohl
nicht so besetzt von Mitgliedern und Publikum, wie heute. Der
erste Gegenstand der Tages-Ordnung, Sekundäreisenbahn-
vorlage, wurde rasch erledigt. Aus der Debatte ist nur von
Interesse eine Abwehr des Fürsten Puttbus gegen die ihm vom
Abg. Richter im Abgeordnetenhaus am 22. November v. J.
widerfahrte Zusammenstellung seines Namens mit dem Begriffe
von Schwindlern und Gräuern. Er (Fürst Puttbus) habe
Herrn Richter dieserhalb gefordert, Herr Richter sich jedoch hinter
seine Unverantwortlichkeit als Abgeord. zurückgezogen; die bezüglich
Correspondenz stehe dem Hause zur Verfügung. — Nach Annahme
der Vorlage wurde die Diskussion über den Steuererlass fort-
gesetzt. — Erster Redner war der frühere Finanzminister Cam-
phausen. Unter Vorbringung großer Zahlenmaterials wandte
sich derselbe gegen den dauernden Steuererlass, der einen Bruch
mit der alten Finanzpolitik bedeute und in unserer Finanzlage
nicht begründet sei. — Diesen Ausführungen trat sofort Finanz-
minister Bitter entgegen, indem er zu beweisen suchte, daß die
künftige Wendung, welche die gesamten Verhältnisse in jüngster
Zeit genommen, die Hoffnung auf dauernde Besserung und die
Möglichkeit dauernden Steuererlasses als durchaus begründet er-
scheinen lasse. — Fürst Bismarck erhob sich, ungewöhnlich
erregt, zu heftigen Angriffen gegen Herrn Camphausen, den er be-
zeichnet als Jemand, der sich in Bewirtschaftung seines Gutes
vollständig verfahren habe, es seinem Nachfolger überlasse, und
nun über die schlimme Wirtschaft dieses Nachfolgers herziehe.
H. Camphausen sei in den 7 letzten Jahren Minister gewesen,
und als die 7 magere gekommen, habe der Joseph ihn im Stich
gelassen cum beneficio inventarii. Schon 1876 habe er
(Redner) ihm gesagt, daß wir mit einem verborgenen Deficit
wirtschaften, und eine Reform der Steuer nötig werden würde;
er hätte von dem Finanzminister Reformpläne verlangen müssen,
aber, so gut sein Kassensystem in Ordnung gewesen, so wenig
sob verdienten die Reformpläne desselben. Im Segen der Milli-
täre habe derselbe im Golde gesteckt, aber nicht nachgedacht, ob
er dauern könne. Die Erhebung der Tabaksteuer habe er in
Bereinkimmung mit H. Camphausen gefordert, der auch noch
mit ihm gegangen sei, wenn ihn nicht die Abg. Bamber-
g und Casier mit ihren Angriffen gebeugt hätten. Er bedauere,
daß derselbe aus dem Amte geschieden, aber er bitte ihn, nicht
ine so überraschende und unnatürliche Opposition zu führen. Er
habe ihm, so lange er im Amte gewesen, sehr ersichert, Steuer-
reformen vorzunehmen, und nie geglaubt, daß in seinem ehrwür-
digen Finanzsystem Schraubenrieten los sein könnten; er habe, wie
Gott, am 7. Tage, am Ende seiner 7jährigen Amtsperiode Alles
gut gefunden, und infolgedessen könne er (Redner) mit seinem Rück-
tritt nur zufrieden sein. Sollte Hr. Camphausen die Thatsachen
bezeugen, so müßte er Se. Majestät bitten, die Veröffentlichung
der amtlichen Berichte zu gestatten. Die Vorwürfe gegen seinen
Nachfolger seien auf Camphausen selbst zurück, der sich die 7
Jahre hindurch, wo Reformen hätten eintreten müssen, passiv ver-
halten, denn das Verdienst eines Staatsmannes bestehe darin,
vorauszuweisen, was das Wohl des Landes für die Zukunft erfordern
werde. Die Antwort des Herrn Camphausen war nicht minder
scharf. Zur thatächlichen Verichtigung replizierte er: mit dem
Ministerpräsidenten sei er einverstanden in dem Punkte, daß auch
er sich freue, nicht mehr mit ihm zusammenwirken zu müssen. Er
habe nur sachlich gesprochen, nicht den Finanzminister persönlich
angegriffen. Fürst Bismarck habe meist ein Gedächtnis für Sachen,
die ihm angenehm seien, nicht für unangenehme. Schon 1875
habe er (Redner) im Staatsministerium auf die knappen Ein-
nahmen hingewiesen, als im Abgeordnetenhaus von einer Steuer-
ermäßigung die Rede gewesen. 1876 sei noch kein Rückgang ge-
wesen, vielmehr habe der Etat noch 20 Mill. Ueberschüsse ergeben.
Er habe zunächst die Tabaksteuer gewollt, allein der Reichskanzler
habe ihn daran gehindert; die Schutzölle, zu denen nie der Ver-
such gemacht worden, so lange er im Amte gewesen, habe er schon
früher befürwortet. Von der bekannten Correspondenz zwischen
Fürst Bismarck und v. Bälou habe er erst durch die Zeitungen
Kenntnis erhalten; mehrfach habe er gegen Letzteren sein Bedauern
ausgesprochen, daß Fürst Bismarck so wenig seine Steuerreform-
pläne begünstige, er belege, daß ihm, der mit dem verdienten
Manne (v. Bälou) lange Jahre gearbeitet, nun auf diese Weise
der Dank abgetragen werde. Fürst Bismarck entgegnete, dem

Vorwurf der Undankbarkeit könne er leicht zurückgeben; Herr
Camphausen habe sich durch seine heutige Rede gegen eine Vor-
lage und ein Projekt, welches er selbst gewissermaßen als Cabie-
netsache ansehe, in Bezug auf Dankbarkeit vollständig bezahlt
gemacht. Daß derselbe nur eine von ihm gemachte Vorlage zur
Finanzreform genannt, beweise, daß ihm die Initiative gefehlt
habe, da er auch zu dieser noch durch die Cabinetsordre gedrängt
worden sei. — In der weiteren Debatte, der das Haus nur
wenig Aufmerksamkeit mehr schenkte, plaidierte Herr v. Dechend
für die Vorlage, während Herr Bessler die Commissionsvor-
schläge empfahl; die Ablehnung des dauernden Steuererlasses ge-
fährde die Ausführung des Reformwerkes nicht. Die Commission
habe mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit gearbeitet; der heutige Tag
sei entscheidend für den Beweis der Selbstständigkeit des Hauses,
ein dies fatalis. Nach einer nochmaligen Replik des Finanz-
ministers Bitter, sowie einigen Bemerkungen des Herrn Kleist-
Rekow und Herrn Bessler wurde die Generaldiskussion ge-
schlossen, und nachdem Referent v. Lettan die Commissionsvor-
schläge in seinem Schlussworte nochmals empfohlen, wurde die
Spezialdiskussion auf morgen 10½ Uhr vertagt. — Schluß 4½ Uhr.

CPC. Berlin, 18. Febr. Im Herrenhause wurde
heute endlich die Debatte über den Steuererlass zu Ende ge-
führt. Herr Dernburg war für Annahme des Gesetzes, weil
der Reichskanzler es wolle, auch der Oberbürgermeister von Bres-
lau Friedensburg hielt es für Pflicht, die Vorlage anzuneh-
men und Herrn Camphausen anzugreifen, während Herr Becker
(Düsseldorf) seinen Widerspruch aufrecht erhielt. Fürst Bismarck
trat dann selbst für einen Schlussantrag ein, da neue Gefühls-
punkte doch nicht mehr vorgebracht werden könnten und das Haus
nur noch wenige Tage zur Erledigung der Geschäfte habe, denn
am Mittwoch werde der Landtag geschlossen. — Der Schluss-
antrag wurde angenommen, und in namentlicher Abstimmung wurde
§. 1 der Vorlage mit 94 gegen 41 Stimmen acceptirt. Gegen
denselben stimmten u. A. die Herren v. Jordan und die an-
deren Bürgermeister (außer Friedensburg), Dr. Bessler, Dr. Holzer,
Graf Brühl, Baron Senft v. Pilsach, Dr. Köppl, die früheren
Minister Camphausen, Friedenthal, Graf zur Lippe, sowie der
Referent der Kommission, Fr. v. Lettan. — Demnach wurde
der Etat pro 1881/82 angenommen. Von einer General-
debatte wurde abgesehen; aus der Spezialdiskussion ist nur her-
vorzuheben, daß Herr v. Kleist-Rekow sich nachdrücklich da-
gegen erklärte, daß die Wettrennen des Sonntags stattfinden, und
das Umweien des Totalisators rügte, wobei ihm Baron Senft
v. Pilsach assistirte, während Fr. v. Landsberg die Sonntags-
rennen in Schutz nahm. Die Minister Lucius und Dr.
Friedberg sagten die Bekämpfung des Totalisators durch die
Justiz und event. durch die Legislative u. Beim Etat des
Herrenhauses plaidirten die Herren v. Kleist-Rekow und Baron
v. Mirbach und Bams für die Gewährung freier Eisenbahn-
fahrt an die Mitglieder des Hauses während der Session, während
Graf zur Lippe diesen Vorschlag bekämpfte. — Nachdem noch
das Pfandleihgesetz in der vom anderen Hause beschlossenen
Fassung angenommen war, wurde die nächste Sitzung auf morgen
11 Uhr anberaumt. — L. O.: Kompetenzgesetz, Novellen zur
Kreis- resp. Provinzialordnung. — Schluß 4½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute in 3. Beratung
die Gesetzentwürfe, betr. die Deckung von Ausgaben der
Rechnungsjahre 1878/79 und 79/80, sowie betr. die Unter-
bringung verwaarloster Kinder ohne Debatte an, und
erklärte auf Antrag der Budgetcommission mehrere Berichte der
Eisenbahnverwaltung über Bauausführungen, Betriebs-
ergebnisse und die bisherigen Erfolge der Verstaatlichung
durch Kenntnissnahme für erledigt. Aus der Debatte hieüber
haben wir Folgendes hervor. Abg. Richter bemerkte den gestern
vom Fürsten Puttbus im Herrenhause gehaltenen Aeußerungen
gegenüber, daß er bei der Jubelnde in Folge von Zwischen-
rufen u. A. den Namen des Fürsten Puttbus genannt, als er
von Gründen und Schwindlern gesprochen. Fürst Puttbus habe
in einem Schreiben an ihn angenommen, daß dies mit der Ab-
sicht der Beleidigung geschehen sei, er aber habe diese Absicht
bestritten. Die Gröndung selbst betreffend, habe er sich auf das
Thatächliche bezogen, was in den Akten der bekannten Unter-
suchungskommission enthalten ist, und bei nochmaliger Durchsicht
des Materials sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß er seinen
damaligen Ausdruck zu mildern nicht im Stande sei. Er habe
deshalb dem Fürsten Puttbus geschrieben, daß er seine Veran-
lassung habe, auf das, was er in parlamentarischer Kritik gesagt,
privatim noch zurückzukommen. Das Urtheil überlasse er dem
Hause. Abg. Büchtemann beklagte es, daß aus Bestreben
nach Ersparnis namentlich im Westen einige allgemein gewünschte
Bahnstrecken nicht gebaut würden und dadurch zugleich das Privat-
kapital sich vielfach zum Auslande wende. Die Abg. Bachem
und Fr. v. Heeremann traten für die feste Anstellung der
Unterbeamten ein, die im Interesse des Eisenbahnverkehrs selbst
äußerst erwünscht sei; die diätarische Anstellung mache die Stellung
der Beamten zu unsicher und schade dem Eifer und der Pflicht-
treue. Abg. Bachem sprach sich noch besonders dagegen aus, daß
nach den westlichen Provinzen Unterbeamte aus fernern Provinzen
versetzt würden, sowie dagegen, daß die Zahl der etatsmäßigen
Stellen der verschiedenen Beamtenkategorien nach der Kilometer-
länge berechnet würde; gerade für die Rheinlande sei dies ein
schlechtes Prinzip, da dort der Dienst schwieriger sei als anderswo.
Dann richtet Redner die Aufmerksamkeit der Reg. auf das ungleich-

mäßige Vorgehen bei Ertrantungen der Unterbeamten, denen zum
großen Theil ihr Gehalt nicht fortgezahlt werde, wodurch sie in
Noth geriethen; bat dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen über
die Sonntagsruhe auch auf der Rheinischen Bahn beachtet wür-
den und daß die ungleiche Behandlung bei Vertheilung der
Gratifikationen aufhöre. Reg. Commissar Bresselt erklärte,
definitiv würden die Beamten erst nach Verlauf von 5 Jahren
angestellt, aber ihre vorüberige Anstellung sei nicht als eine
diätarische, sondern als eine ziemlich feste zu bezeichnen; und er
glaube nicht, daß die Unterbeamten sich zu beklagen hätten. Die
Beamten würden allgemein nur aus den Landesheilen genommen,
wo die Bahnen sich befänden; das Prinzip, etatsmäßige Stellen
nach Kilometerlänge einzurichten, existire gar nicht. Kranke Beamte
erhielten ihr Gehalt weiter, und zwar würde das Geld aus der
Pensionskasse genommen. — Sodann kamen u. A. mehrere
Petitionen von Eisenbahn-Sekretären um Gleichstellung ihres
Gehalts mit dem der Sekretäre bei den übrigen Behörden, von
Eisenbahnbetriebssekretären um Festsetzung der Befoldungen analog
den Gehaltsbezügen der Subalternbeamten der Postverwaltung,
und von Bureau-Assistenten um Verbesserung ihrer Einkommens-
und Anstellungsverhältnisse.

Die Commission beantragte erstere Petitionen durch eine
Erklärung der Regierung in der Commission, welche Besserung
verspricht, für erledigt anzusehen, die übrigen der Staatsregierung
als Material zu überweisen. — Abg. Dr. Windthorst hätte
lieber gesehen, daß die Commission von der Regierung eine ein-
gehende Vorlage über die Befoldungsverhältnisse sämtlicher Unter-
beamten für die nächste Session verlangt hätte, und bat die Re-
gierung, gründlich die Angelegenheiten zu erwägen, sowie bei der
nächsten Session eine Vorlage zu machen, welche Klarlege, ob und
wie diesen Leuten zu helfen sei. — Die Abg. Berger und
Ridert unterstützten diese Ausführungen, während Abg. v. von
Heeremann für die Commissionsvorschlüge eintrat. — Regie-
rungs-Commissar Bresselt wiederholte die Erklärung, daß die
Gehaltsverhältnisse verschiedentlich einer Aufbesserung bedürften,
die, sobald es die Umstände gestatteten, erfolgen werde. — Abg.
Dr. Windthorst war hierüber wenig befreit. Der Staat
habe einmal die Eisenbahnen übernommen, müsse deshalb in erster
Linie auch für die Beamten sorgen. Dieselben schwebten jetzt
vollständig in der Luft und unterlägen einer Art Diktatur; die
Eisenbahnverwaltung stehe zu sehr unter dem Druck, Geld zu
machen. Es sei aber nicht Aufgabe der Volksvertretung, zu sehr
auf große Einnahmen aus den Eisenbahnen hinzuwirken, so
lange nicht die Gehaltsverhältnisse ihrer Beamten geordnet seien.
Die Befoldungsverhältnisse müßten endlich geordnet werden;
namentlich seien auch die vielen Militäranwärter nicht die geeig-
neten Leute für viele Verwaltungen. Wenn diese Männer beim
Militär ihre besten Kräfte verbraucht, würden sie an die Civil-
partei abgeschoben, die sich dann mit diesen Invaliden vielfach
behelfen müsse. Zwar lasse sich das nicht mit einem Schlag
ändern, aber man müsse doch allmählich zu einer Regelung der
Dinge kommen. Nachdem noch Abg. von Tiedemann die
Commissionsvorschlüge empfohlen, wurden dieselben angenommen.
Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. — Tages-Ordnung: Petitionen
— Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 18. Febr. Die conservative „Kreuzzeitg.“ er-
klärt, daß das Ergebnis der Präsidentenwahl im Reichs-
tage durchaus den Wünschen der deutsch-conservativen
Fraktion entspreche. „Die Wiederwahl des alten Präsi-
diums“ — so schreibt sie — „da auch in diesem Jahre
die Nationalliberalen den zweiten Vicepräsidenten für sich
durchaus nicht in Anspruch nehmen wollten und derselbe
somit den Deutschconservativen wiederum zufiel, ist an
sich schon die natürlichste Combination. Daneben muß
es doppelt erfreulich sein, dieses Resultat herbeigeführt
zu sehen, nachdem man von anderer Seite den alten
gesunden Zustand zu stören versucht hatte. Für die
deutsch-conservative Fraktion liegt so voller Grund vor,
eine Befriedigung darüber zu empfinden, daß sie den graden
Weg unbeirrt weiter verfolgt hat.“

Auch der „Reichsb.“ spricht seine Freude über die bei
dieser Gelegenheit zum Ausdruck gelangte Verbindung
der Conservativen mit dem Centrum aus und hofft, daß
dieselbe gute Früchte tragen wird; „setzt diese Reichstags-
mehrheit“ — so schreibt er — „die Innungs- und Ver-
sicherungsvorlage, die Steuerreform durch, beschließt sie
die Vetheiligung an der Münzkonferenz zur Wieder-
herstellung des Geldwerthes des Silbers, schafft sie unserem
Volke den Civilstandszwang vom Hals: dann wird
das Volk mit Dank und Anerkennung auf diesen Reichs-
tag sehen, und wir gehen einer stetigen ruhigen Ent-
wicklung entgegen.“

Leider vergißt der „Reichsb.“ die anderen Kulturkampfs-
gesetze, das größte Hinderniß einer gedeihlichen Entwick-
lung aller Verhältnisse, das an erster Stelle aus dem
Landes geschafft werden sollte. In dieser Frage fehlt es den
Conservativen leider ganz an der nöthigen Unabhängig-
keit und Entschiedenheit, wie es sich auch wieder bei der
an demselben Tage mit der Vorstandswahl im Reichs-

tags stattgehabten Verathung des Antrags Windthorst auf Aufhebung des Sperrgesetzes im Landtage gezeigt hat. Alle, der Cultusminister sowohl, wie Conservative und Liberale hielten sich in das tiefste Schweigen, Niemand, außer den Verteidigern aus dem Centrum, nahm das Wort; das ist allerdings wieder bezeichnend genug, bezieht sich die Ablehnung des Antrags seitens der Conservativen, vereinigt mit den Liberalen und ihren kulturkämpferischen Genossen!

Kurz nachdem die Liberalen im Reichstage bei der Präsidentenwahl so glänzend durchgefallen waren, gingen sie davon, sich und ihren „mangelhaften“ Führer von Bennigsen zu trösten bei dem zu dessen Reinwaschung festgesetzten „Ehrenmahl“. Man hatte dasselbe, um eine recht imposante Zahl von Theilnehmern zu erzielen, so gelegt, daß Mitglieder des Landtages, des Reichstages und des Herrenhauses theilnehmen konnten. Nach der liberalen „Nat. Ztg.“ waren „eine sehr große Zahl“ nach der „Kreuztg.“ etwa 270 Herren aus allen 3 Körperschaften erschienen. Das Abkommen, daß nur ein Hoch (auf den Kaiser) ausgebracht werden dürfe, ist nicht beobachtet worden; denn, wie die „Kreuztg.“ berichtet, „ließ nach einem Toast auf Sr. Maj. den Kaiser, den der Präsident v. Koller ausgebracht hatte, der Reichstags-Abgeordnete Dr. Weseler den Abg. v. Bennigsen leben. Bennigsen dankte und schloß mit einem Hoch auf die Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Neben Herrn v. Bennigsen saßen die Herren v. Koller und Dr. v. Jordanbeck.“

Ist mit diesem „Ehrenmahl“ nun die Ehre wieder hergestellt? Wird von Bennigsen die neuerdings eingehende begründeten Anklagen von Ludwig's widerlegen und widerlegen können?

Bei Besprechung der neuesten Duell-Geschichte zwischen dem Fürsten von Puttbus und dem Abg. Richter macht die „N. Z.“ folgende Bemerkung:

„Wie man auch über das Duell urtheilen mag, so viel wird man besonnenenerweise zugeben müssen, daß für Streitigkeiten, die aus Besprechung öffentlicher Angelegenheiten hervorgehen, die Entscheidung durch Pistolen nicht die richtige ist. In England hat seit Menschenalters das Duell völlig aufgehört, da dort mit einer Herausforderung oder mit der Annahme der Herausforderung derselbe Mafel verknüpft wird, der bei uns in den Augen mancher mit dem Ausschlagen des Duells verbunden ist.“

Warum wußte die „N. Z.“ dies nicht vor 14 Tagen schon ihrem geliebten v. Bennigsen zu sagen?

Der „Gebirgsbote“, welcher im Wahlkreise des Herrn von Ludwig erscheint, bringt folgende Erklärung des Abg. v. Ludwig: „Auf Ihren Wunsch die vorläufige Mittheilung: 1. Für jede Behauptung, die ich gegenüber Frn. v. Bennigsen aufgestellt habe, liegen mir offizielle Beweismittel vor. 2. Ueber Ehrenhändel öffentlich zu discutiren, ist gegen meine Gewohnheiten. 3. Habe ich bei dieser Gelegenheit meinen katholischen Mitbürgern Aergerniß gegeben, so bitte ich um Vergebung. Berlin, 13. Februar 1881.“

Berlin, 18. Febr. Die „N. Z.“ weiß Folgendes zu berichten: Die Verhandlungen des Oberbürgermeisters Becker und der Commission über nachträgliche streitig gewordene Punkte des Vertrages über die kölnische Stadterweiterung werden eifrig fortgeführt und vielleicht noch im Laufe des heutigen Tages entschieden, wobei mehrere ausschlaggebende Stellen mitzusprechen haben. Der Herr Oberbürgermeister wurde gestern und heute vom Kronprinzen empfangen. Im ganzen haben die bisherigen Bemühungen des Oberbürgermeisters bewirkt, daß den von der Stadt ausgehenden Wünschen möglichst die Wege gebahnt worden sind und ein günstiger Abschluß sich erwarten läßt. Die mit der Stadterweiterung in nahem Zusammenhange stehende Frage der Erhaltung der alten Thorbürgen dürfte eine Entscheidung finden, welche sowohl den Verkehrsinteressen wie denen der Bau- und Kunstgeschichte Rechnung trägt.

Der dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Artikel 13, 24, 69, 72 der Reichsverfassung lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden u. s. w.: An die Stelle der Artikel 13, 24, 69, 72 der Reichsverfassung treten die folgenden Bestimmungen: Art. 13. Die Verfassung des Bundesraths und des Reichstages findet mindestens alle zwei Jahre statt, und kann der Bundesrath zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrath berufen werden. Art. 24. Die Legislaturperiode des Reichstages dauert vier Jahre. Zur Auflösung des Reichstages während derselben ist ein Beschluß des Bundesraths unter Zustimmung des Kaisers erforderlich. Art. 69. Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushaltsetat gebracht werden. Der letztere wird für einen Zeitraum von zwei Jahren, jedoch für jedes Jahr besonders, von Beginn der Etatsperiode nach folgenden Grundsätzen durch ein Gesetz festgestellt. Art. 72. Ueber die Verwendung aller Einnahmen des Reichs ist durch den Reichskanzler dem Bundesrath und dem Reichstag zur Entlastung für jedes Jahr Rechnung zu legen. Urkundlich u. s. w.

Dem Reichstage ist durch ein Schreiben des Leipziger Staatsanwalts mitgetheilt worden, daß der socialdemokratische Abg. Liebknecht den Sitzungen z. B. nicht beiwohnen könne, da er gegenwärtig eine sechsmonatige Gefängnißstrafe wegen Preßvergehen verbüße.

Wie die „Germ.“ hört, beabsichtigt die Regierung

den Landtag zu einer Nachsession einzuberufen, um das Verwendungsgezet, die Verwaltungsvorlagen und die Rhein-Nahgebahn-Vorlage zu erledigen. Man erwartet im Abgeordnetenhause eine darauf bezügliche Vorlage. Nach der heute vom Reichskanzler im Herrenhause abgegebenen Erklärung soll der Landtag nächsten Mittwoch, den 23. d., vertagt werden.

Gleiwitz, 18. Febr. In Bezug auf die schwebende Frage der von dem Magistrat geplanten Pfarrrwahl berichtet die „Oberschl. Volksstimme“:

Eine Deputation des katholischen Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung in Gleiwitz hatte sich Donnerstag den 10. d. zu dem Regierungspräsidenten nach Oppeln und hierauf zu dem Oberpräsidenten nach Breslau begeben und von diesen die beabsichtigte Zustimmung erhalten, daß der Magistrat von Gleiwitz durch das Ausschreiben der Pfarrrwahl nur sein Patronatsrecht wahrnehmen wolle, nicht aber bis zum äußersten vorgehen werde. In Folge dessen hielten am gestrigen Tage der Kirchenvorstand und die Gemeindevertretung eine gemeinschaftliche Sitzung ab, in welcher an den Magistrat eine erneuerte Erklärung an Stelle der ersten vom 6. dieses Monats, die dem Magistratspräsidenten nicht genügte, beigeschrieben wurde. Die jetzige Erklärung hat nachstehenden Wortlaut: „Ein Wohlthätiges Magistratscollegium hat keinen Grund, zu befürchten, das Wohlthätigen zuteilende Recht der Pfarrrwahl nach Ablauf des Jahres zu verlieren; denn die kath. Pfarrrgemeinde wird das nach § 15 des Gesetzes vom 20. Mai 1874 ihr event. zukünftige Recht der Wahl nicht ausüben und kann nach den canonischen Bestimmungen keinen Gebrauch davon machen, wie dies bisher in keiner katholischen Gemeinde unter denselben Bedingungen geschehen ist. Sollten aber in Gemäßheit des § 16 des Gesetzes 16 Mitglieder eine Gemeindeversammlung beauftragt werden, die die erledigten katholischen Pfarrrstellen beantragen, so wird die ganze wahlfähige katholische Gemeinde sich einfinden, um durch ihren Majoritätsbeschluß eine Wahl unmöglich zu machen, so daß der status quo bis zur Wiederherstellung des Friedens zwischen dem Staate und der römisch-katholischen Kirche unverändert bestehen bleibt. Jetzt schon in dieser Angelegenheit eine Versammlung aller wahlfähigen Glieder der katholischen Pfarrrgemeinde zu berufen, halten wir für durchaus unnötig und für inopportun, um die Gemeinde nicht in neue Aufregung zu versetzen.“ Die Erklärung wurde seitens des Kirchenvorstandes von allen Mitgliedern mit Ausnahme des Patronatsvertreters und des Hochw. Herrn Pfarradmiralator Wiernard unterschrieben, weil letzterer, bei der Sache theilhaftig, nicht mitgestimmt hatte. Von Seiten der Gemeindevertretung wurde sie einstimmig von allen und zwar 26 anwesenden Mitgliedern unterschrieben. Die jetzige Erklärung wird voraussichtlich den Wohlthätigen Magistrat zufrieden stellen, und somit können wir der Zukunft mit Ruhe entgegensehen, bleiben aber für jeden Fall wohl gerüstet.

Münster, 17. Febr. Die von dem hiesigen Handwerkerstage gefaßten Resolutionen haben dem „W. Merk.“ zufolge folgenden Wortlaut:

1) Der Handwerkerstag erklärt sich mit der Einberufung eines Volksraths einverstanden, beklagt aber auf der anderen Seite, daß nicht die genügende Anzahl von Handwerkern in demselben vertreten, und die Provinzialstädte fast gar nicht berücksichtigt sind, jetzt aber das Vertrauen in Sr. Durchlaucht den Fürsten Reichskanzler, daß er diesem Uebelstande bald und genügend abhelfen wird.

2) Der Handwerkerstag beschließt, daß die Handwerker bei Landtags- und Reichstagswahlen künftig nur demjenigen ihre Stimmen geben, welcher die Interessen des Handwerks voll und ganz vertritt.

3) Der Handwerkerstag beklagt aufs Tiefste den con-

fessionellen Gader, weil er:

a. der Organisation und geistlichen Erhaltung der Innungen hinderlich und schädlich ist;

b. weil derselbe die Familienbande lockert und manches traurige Aergerniß zu Tage fördert;

c. weil er das nationale Bewußtsein untergräbt und fremden Ausbeutern Thür und Thor geöffnet hat.

4) Empfiehlt der Handwerkerstag aufs Dringendste die baldige Corporirung der bis jetzt noch nicht corporirten Handwerker.“

Das Localcomité in Münster wurde ermächtigt, die gefaßten Beschlüsse und Resolutionen in geeigneter Form dem Reichstage und dem Reichskanzler zu übermitteln.

Belgien.

Antwerpen, 17. Febr. Bei der heutigen Eröffnung eines Senators an Stelle eines verstorbenen Senators der liberalen Partei wurde Gogels (Katholik) gewählt. Die Majorität der liberalen Partei im Senat ist dadurch auf 4 Stimmen reducirt.

Spanien.

Madrid, 17. Febr. Alonso Martinez ist zum Vot-schaffter beim Vatican und Razo zum Gesandten beim italienischen Hofe ernannt worden.

Madrid, 18. Febr. Der Minister des Innern hat ein Rundschreiben an die Präfecten gerichtet, in welchem er sie auffordert, keinerlei Druck bei den bevorstehenden Wahlen auszuüben, sondern die strengste Unparteilichkeit zu bewahren. Gleichzeitig wird in dem Rundschreiben erklärt, die Regierung werde die gegenwärtigen Steuern beibehalten, wirkliche Erparungen machen und versuchen, den Handel und die Industrie zu heben. Sie werde ferner alle Freiheiten gewähren, welche mit der Monarchie und deren Rechten verträglich seien. — Der Herzog Fernan Rumez ist zum Gesandten in Paris, Vaca zum Vertreter Spaniens in Washington und Marques Sagrado zum Vertreter Spaniens in Rußland ernannt worden.

Antrag Windthorst's auf Aufhebung des Sperrgesetzes.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. Februar.

Abg. Dr. Windthorst: „H. H. Der Antrag, welchen Ihnen vorzulegen ich mir erlaubt habe, kommt in seiner günstigen Stunde zur Verathung, weil die Aufmerksamkeit vieler Mitglieder dieses Hauses getheilt ist zwischen dem, was hier geschieht, und dem, was demnächst im Reichstage geschehen soll. Wäre die Angelegenheit nicht so wichtig, so würde ich vorgezogen haben, die Verathung derselben jetzt nicht weiter zu verlangen; die Wichtigkeit derselben aber zwingt mich, auf diese Weise eine Vertheilung herbeizuführen, und diese Wichtigkeit muß es auch entschuldigen, daß ich überhaupt von Neuem das Haus mit einer Frage behehle, welche mit dem unheilvollen Kulturkampf aufs Engste zusammenhängt. — Man hat mir in Privatgesprächen und auch öffentlich einen Vorwurf daraus formulirt, daß durch diesen Antrag von Neuem die Angelegenheit des Kulturkampfes zur Sprache komme. Ich muß sagen, daß ich recht wohl begreife, wie das öftere Zurückkommen auf diesen Gegenstand unangenehm ist, aber die verehrten Herren mögen glauben, daß diese Verhältnisse, welche uns nöthigen, so oft darauf zurückzukommen, noch viel unangenehmer sind. (Sehr wahr! im Centrum.) Wenn ich mir erlaube, in dieser Session einige Anträge mit meinen Freunden in einer bestimmten Reihenfolge zur Sprache zu bringen, so ist auch das getadelt worden, und man hat allerlei Hintergedanken dabei vorausgesetzt. Es ist dabei gar keinerlei Hintergedanke, der einzige Grund, weshalb das geschieht, ist, weil es aus nothwendig erschien, einige recht brennende Punkte aus der sogenannten Malaisezeit hervorzubringen und in ihrer nackten Gestalt einzeln vorzuführen, damit man so in der Vereinigung des Bedenklichen erkenne, welches man im Zusammenhange mehr oder minder zu überlegen geneigt war. — Es ist auch darüber Tadel erhoben worden, daß man diesen Antrag bringe, nachdem ein so wesentlich bedeutender, nämlich der Antrag auf straffreie Sacramentenspendung und straffreie Lösung der B. Messe abgelehnt worden sei. Gewiß hat der Antrag vom idealen Gesichtspunkte nach allen Richtungen hin entfernt nicht die Bedeutung, die der frühere Antrag hatte. Es handelt sich bei dem ersten Antrage um die höchsten Güter, die überhaupt denkbar sind für alle diejenigen, welche auf dem Boden positiver christlicher Ueberzeugung stehen. Leider ist der Antrag abgelehnt und dadurch constatirt worden, daß es für die katholische Bevölkerung in der preussischen Monarchie eine freie Religionsübung nicht mehr giebt. (Ob! rechts. Sehr richtig! im Centrum.) Daß man es für zulässig hält, die heiligsten Handlungen, die nothwendigsten religiösen Bedürfnisse und deren Befriedigung mit Strafe zu belegen. Die Regierung in erster Linie trifft der Vorwurf, daß es also gekommen, denn wenn sie eine andere Haltung eingenommen hätte, würde dieser Antrag angenommen sein. (Sehr wahr! im Centrum.) Und es ist für mich gar nicht zweifelhaft, daß, wenn einst die Geschichte von dem Kampfe berichtet, in dem wir uns befinden, sie es weniger unbegreiflich finden wird, daß das Abgeordnetenhause sich ablehnend verhielt, als daß es eine Regierung that, die den Anspruch erhebt, conservativ zu sein. (Sehr wahr! im Centrum.) Wenn ich also vollständig zugebe, daß gegen den Antrag, bei dem es sich nur um das himmlische Brod handelt, dieser, bei dem es sich nur um irdisches Brod handelt, weitläufig zurücktritt, so hat doch auch dieser Antrag, und zwar wesentlich von der ethischen Seite aufgefassen, eine enorme, weittragende Bedeutung, die in der Frage liegt: ob die Mittel, welche in diesem Gesetz gebraucht werden, um gewisse politische Zwecke zu erreichen, überhaupt moralisch zulässig sind. Darauf werde ich demnächst wieder zurückkommen. Ich mache mir nach der Haltung, welche das Haus schon gestern, als ich um ein früheres Beginnen der Sitzung bat, eingenommen hat, keine großen Illusionen. Ich glaube auch, daß die königliche Staatsregierung ihr Wohlwollen für die Katholiken, welches sie so oft behauptet hat, auch jetzt wieder dadurch bekräftigen wird, daß sie gegen diesen Antrag auftritt. Wir erfahren ja auf allen Seiten, daß unter der Führung der königlichen Staatsregierung der offenbare Versuch gemacht wird, unser Streben für die Freiheit des Gewissens und für die Freiheit der Religionsübung dadurch zu strafen, daß man uns überall isolirt, oder doch versucht, es zu thun. Nun, in der Hinsicht bin ich vollkommen getrübt. Ich habe die Ueberzeugung, daß der gesunde Sinn des Volkes, das Rechtsgefühl, welches im Volke noch besteht, schließlich den Sieg über alle politischen Calculs und Combinationen davon tragen wird, und was insbesondere den Versuch der Isolirung betrifft, so wird das Volk den darauf gerichteten Plan durchschauen, und es wird der Tag kommen, wo alle Bewohner unseres Vaterlandes, die Hohen wie die Niederen, erkennen werden, daß man in Preußen nahezu 9 Millionen und in Deutschland an die 16 Millionen nicht isoliren kann. Soweit hat die Rücksicht auf den muthmaßlichen Ausgang meines Antrages meine Freunde und mich nicht bestimmen können, von demselben abzusehen. Mein Antrag verlangt die Aufhebung des Gesetzes vom 22. April 1875, die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen betreffend. Der § 1 dieses Gesetzes verordnet: „In den Erzbischofen Köln, Bisthümern und Pöfen, in den Diocesen Culm, Ermland, Breslau, Hildesheim, Osnabrück, Paderborn, Münster, Trier, Fulda, Limburg, den Delegaturen der Diocesen, sowie in den preussischen Antheile der Erzbischofen Prag, Olmütz, Freiburg und der Diocese Mainz werden vom Tage der Verkündigung dieses Gesetzes sämtliche für die Bischöfe, die zu diesen geistlichen Instituten und die Geistlichen bestimmten Leistungen aus Staatsmitteln eingestellt.“ — Das Gesetz ordnet mithin nicht etwa an, daß ein einzelner Geistlicher, der gegen die Gesetze irgend etwas unternommen, in seine Einnahmen, soweit sie aus Staatsmitteln kommen, gesperrt werden soll, nein! von vornherein sind alle Leistungen für alle Geistlichen und für alle geistlichen Institute gesperrt worden, einerlei, ob die davon Betroffenen in irgend welcher Weise sich etwas haben zu Schulden kommen lassen. Ich hebe dies besonders hervor, weil mir in Privatunterhaltungen hervorgetreten ist, daß die Mitglieder dieses Hauses diese weittragende Bestimmung des Gesetzes gar nicht kannten und geglaubt haben, es handle sich nur um diejenigen einzelnen Geistlichen, welche irgend eine Reklame bewiesen haben. Also die Staatsleistungen an alle Geistlichen der katholischen Kirche ohne Ausnahme, sowie an die sämtlichen geistlichen Institute derselben sind generell gesperrt, und es sind ferner nicht etwa bloß diejenigen Bedürfnisstützen gesperrt, welche der Staat freiwillig gab; nein auch diejenigen gesperrt, welche auf onerosen

Titeln, ja auf diese Sperrung hat ein Herr v. wo es zweifelhaft sein mag als dacht, daß eine Nichtvorhanden! haben würde. Prozesse mit en worden. Noch es geschieht nicht ist, daß eine gtaubt ist, daß worfen ist. Ja die aus ihren k lassen wurden, bisher beiseite, an andere Leute Obdach suchen, Stellen in Wohl der Diocese Hil des kirchlichen l sich einbrachte. liche Beiträge dieser haben l (Sehr nobel! r diese Noblesse z Gesetz nun auch noch nobler!) aufgebracht und den, leiden und ich einen Brief, holländischen G Es wird dabei habe dieser alle milden Gaben, seiner Gemeind mühen sich, de tag durch Darre Ich wurde dab zu thun wüßte, welches in Berli wird man in d das Sperrgesetz muß ich bei d 1875 unter W der freien relig Um dieses andere schöne G Selterter die wolle, für ihr Ähnliches soll dasselbe entnom der Bestimmung, (Sehr wahr!) gefangen wäre wäre, diese l wer eine sold (Hört! Außer gegen diese Ar sagt, unter Fe Einschränkung l heist mit Gewe ren in Kampf Weile gegen e wohl hören, w würde. Es ist Versuch zur A daher offenbar Herr Dr. Fall er nicht davor und das Leben mentum aere ich weiß zwar wenn das der auch nicht irre leit ein Ende ralistisch unzulä guter wäre.

Neu, 2 des Helmes an infanterie „Auf den Landwehrinfan bedeckung eing rüstungsstüds vorgegangen n Helmdcoration Die Inschrift: „Mit Gott für lan“ ist auf Landwehrtreu, unter Ausgabe veranlassen. v. Komete.“ Neu, dem Wirthen hurschen die G in welchem zu kam jedoch m streuen, wurde lise überliefer Neu, broich, der, w katholicen Li gewonnen, bei

Rheinland-Westfalen.

Geo XIII. und der Sultan Abdul Hamid.

An diesem Tage um 2 Uhr Nachmittags begab sich Nigizade mit Begleitung seines Secretärs, des Abbe Vico, unter dem ersten Dolmetsch der französischen Botschaft, Herrn Julek, zum kaiserlichen Palais von Pildiz, wo er von Ser Aschraf Bey, dem Dolmetsch des Sultans und Oberceremonienmeister, empfangen wurde.

Wien, 19. Febr. (Kunstliche Notierungen der Handelsmakler.)
Weizen m. matter, hief. eff. R. 21.50—22.50 S., fremder 21.50—22.50 S., per März 21.25 bez., 21.25 S., 21.20 G., per Mai 21.55—60 bz., 21.55 S., 21.50 G.
Roggen m. matter, hief. eff. R. 20.50—21.50 S., fremder 20.50—21.50 S., mit Gewicht von 69 Pfd. per 50 Liter per März 20.55—60 bez., 20.55 S., 20.50 G., Mai — bz., 20.20 S., 20.20 G.
Hafer ohne Sad per 100 Rtl. mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter hief. eff. R. 14.00—15.00 S., fremder 15.00—16.00 S., per März 15.30 S., Mai 15.70 S.
Rübsöl m. matter, per 50 Rtl. mit Faß in Eisen. eff. in Partien von 100 Rtl. R. 29.00 S., per Mai — bz., 28.20 S., 28.00 G., Oct. 28.80 S., 28.70 G.
(Randmarkt.) Keine Zufuhr. Wochenzufuhr etwa 1400 Sad.
Wien, 19. Februar. Kaffee brauner Java 150,—, hellbraun 134—40, hochgelb 118—30, gelb 105—15, gut ord. blant 96—100, ord. 92. Santos 84—90, Plantations 115—135 Pfd. per Pfd. Reis, Java Tafel-R. 24.50, orbin. Java 22,—, Patna 23.50, Ima Arracan 15.50, 2ba 15,—, Korinthen, Ima 36.50, 2ba —,—, Smyrna-Bohnen 40,—, Mandeln, geschälte 110, Prinzess 115 Pfaffen, deutsche —, tikt. 25.50 Pfeffer, schwarzer 77,—, weißer 94, Piment 87, per 100 Pfd. Muskatallische 810, Mustatallische 240, Ambonia-Nüssen 290 Canister, Ceylon 250, chin. 74, Java 280 Pfd. per Pfd. — Färinge, holl. 33, Stodffische 27, Zittlinge 35, Piller Draete 65,—, Provencers-Dei 96, Robbentbran 30,—, Bergerbran 30.55, blander 67 Rl.
Feinste Raffinade mit Etiquette R. 42.50, Raffinade 41.50, Melis R. 1 41,—, Rr. 2 —, Rr. 3 —, Würfelraffinade 42.50, Würfelmelis R. 1 41.50, gemahlene Raffinade 42,—, gemahl. Melis R. 1 39, Rr. 2 85.50, Candis, weiß 48—52, halbweiß 44—8, gelb 44, ischön hellbraun 43, hellbraun R. 42,—, braun R. 44—46 Rl. Farin Rr. 18 34,—, Rr. 15 32,—, Rr. 12 R. 30.
Berlin, 13. Februar. Weizen per April-Mai R. 206,— bez., Juni-Juli 208,— bez., Roggen per April-Mai R. 198.75, bez., Mai-Juni 192.25 bez., Hüßel per April-Mai R. 52.9 bez., Mai-Juni 53.40 bez., Spiritus loco M. 54.90 bz., per Febr. 55.50 bz., April-Mai 56 — bez., Juni-August 57.60 bez.
Stettin, 19. Febr. Weizen per Frühjahr 20.07, Mai-Juni 205.50 M. Roggen per Frühjahr 197.00, Mai-Juni 190.50 M. Hüßel per April-Mai 53.20, Herbst 55.50, Spiritus loco 53.20, Frühjahr 54.00, Juni-Juli 55.20.
Breslau, 19. Februar. Spiritus per Febr. 53.00, Rr. April-Mai 54.70, Juli-Aug. 55.70. Rr. Weizen per April-Mai 203,—, Rr. Roggen per April-Mai 199,—, Rr. Mai-Juni 198,—, Juni-Juli 192,—, Hüßel per Febr. 52,—, April-Mai 51,—, Mai-Juni 51.50 M.
Amsterdam, 19. Febr. Petroleum fest. Blant disp. frs 25.25, 23.50 S., per Febr. 23.25 bz., 23.25 Rr., März —, 23.25 bez., Rr., April —, bez., 23,— Rr., Sept.-Dez. —, bez., 24,— S.—Amerik. Schmalz, Marke Biffort frs. 132.25 per 100 kg. Amerik. Sped. loco frs. 102,—, thort 108,—, Amerik. Schweinefett frs. 72.00, S. Allumfat 152 S.—, Kurz Rölln 123.55.
Paris, 19. Febr. Mehl 8 Marken per Febr. 61.30, März—

Juni 60.10, Mai-Aug. 59.25, Weizen per Febr. 28.10, März-
 Juni 27.75, Mai-Aug. 27.50, Roggen per Febr. 22.—, März-
 Juni 22.25, Mai-Aug. 21.25, Hafer per Febr. 11.75, Mai-Juni
 13.75, Mai-Aug. 74.75, Spiritus per Febr. 63.—, März-April
 61.75, Mai-Aug. 60.—, Zucker, weißer Nr. 3 per März-Juni
 67.75.
Sull. 19. Februar. Feinöl dispon. 2½, Sept.-Dec. 25¼.
 Raffinirtes Cottonöl disp. 23¼, Sept.-Dec. 25¼.
Liverpool 19 Febr. Baumwolle unverändert. Umlag 8000 B.
 Zufuhr 3000 B.
London, 18. Febr. Schwimmende Weizenladungen angekommen,
 —, angeboten 15 Cargos.
New-York, 18. Febr. Goldagio 94¼. London 4.83 D.
 Mehl extra State D. 4.50. Rother Winterweizen 1.18. — Fracht
 für Getreide 4¼. Petroleum Standard white 11½ c. — Sped
 87½. — Baumwolle petroleu Upland 9¼. — Baumwoll-Ankünfte
 in sammtlichen Häfen der Union 37000 Ballen, Export nach Eng-
 land 17000 Ballen, nach dem Continent 4000 B.

Berlin, 19. Febr. Der „*Stf. Stg.*“ wird telegraphirt: Im Herrenhause spielte sich soeben folgende überraschende Scene ab. Zur Verathung steht das Competenzgesetz. Das Herrenhaus streicht abermals den Paragraph 7 wegen Verletzung der Bürgermeister. Bei Paragraph 17 empfielt der Minister Graf Eulenburg die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zur Annahme, denen sich auch die Commission des Herrenhauses angeschlossen, wonach die Aufsicht über die Landgemeinden dem Kreisaußschuß zusteht. *Kleist-Row* nennt diesen Antrag ein Nonens. Hierauf polemisiert Minister Eulenburg in schärfster Weise und vertritt nochmals den Commmissionsantrag. Da erhebt sich zu allgemeinem Erstaunen der Geheimrath *Rommel* vom Handelsministerium und verliest ein Schreiben des Handelsministers und Ministerpräsidenten — *Bismarck*, — der wegen Krankheit zu erscheinen verhindert sei, nach welchem es nicht seine (*Bismarck's*) Sache sei, Verlässlichen des Abgeordnetenhauses, also auch dem zur Verathung stehenden Antrag, den Eulenburg kurz vorher warm vertheidigt hatte, ohne vorherige Einholung der allerhöchsten Sanction die Zustimmung zu ertheilen. (Allgemeine Sensation.) Graf Eulenburg sieht den Vorschlag des Handelsministers an und weiß nicht, was er zu dem Vorgang sagen soll. Um Eulenburg bilden sich Gruppen von Herrenhausmitgliedern. — Graf *Lippe* beantragt Vertagung der Sitzung um eine halbe Stunde, um dies überraschende Schreiben des Handelsministers *Bismarck* im Wortlaut vor sich zu haben. Das Haus beschließt demgemäß und verweist die Vorlage nochmals an die Commission. Es herrscht große Aufregung in den Gouloirs des Herrenhauses; man meint, Graf Eulenburg werde unverzüglich seine Demission geben.

Berlin, 19. Febr. Die Commission zur Vorberatung des Verwendungsgegesetzes lebte gestern Abend § 2 des Entwurfes mit der Bestimmung der Aufhebung der vier unteren Klassen-

Neuerstufen und Ueberweisung der verbleibenden Klassensteuer an die Kreise ab und verwarf sämtlich zum § 2-gefallenen Anträge. — Der Finanzminister Bitter erklärte, daß die Regierung an diesen Bestimmungen des Gesetzes festhalte. Bitter bemerkte, daß zur Durchberatung des Gesetzes der Landtag wahrscheinlich zu einer Nachsession wird einberufen werden.

Düsseldorf: 6.20, 7.27, 7.48, 8.51†, 10.19, 11.26†††, 12.—, 12.51, 1.53, 2.30, 4.1, 4.12, 5.30, 6.34, 7.44††, 9.27, 10.43, 11.34†.

Heerdt und Obercaffel: 7.—, 8.58, 12.—, 4.33, 6.31, 9.30.

Von Heerdt nach Obercaffel: 7.8, 9.1, 12.8, 4.41, 6.41, 9.38

Von Gladbach nach Bents: 4.42, 11.7, 3.10, 6.23, 9.57†

Von Wiltgen nach Gladbach-Nadgen: 6.10, 10.21, 12.53 nur bis Gladbach, 2.36, 4.18 nur bis Gladbach, 11.47 nur bis Gladbach,

Von Steinbroich nach Gladbach-Nadgen: 6.18, 7.55, 10.28, 1.— nur bis Gladbach, 2.43, 4.25 nur bis Gladbach, 6.—, 9.36†, 11.55 nur bis Gladbach.

Von Gorfchenbroich nach Gladbach-Nadgen: 6.24, 8.—, 10.38, 1.5 — nur bis Gladbach, 2.48, 4.30 nur bis Gladbach, 12.01 nur bis Gladbach.

Gladbach und Nadgen: 6.—, 7.43 nur bis Gladbach, 8.17††, 10.12, 12.44, 2.26, 4.9 nur bis Gladbach, 5.47, 9.22†, 11.37 nur bis Gladbach.

Nach Neuss von:

Nadgen: 4.34, 6.50†, 9.4, 10.11††, 1.48, 4.—, 6.44†, 9.34†.

Gladbach: 6.55, 8.28†, 11.51††, 11.15, 1.20, 3.34, 5.58, 7.25, 9.44, 11.12†

Gorfchenbroich: 7.3, 11.24, 8.52.

Steinbroich: 7.10, 11.31, 1.32, 6.11, 8.59.

Wiltgen: 7.17, 11.38, 9.5.

Von Bents nach Gladbach: 5.20, 9.57, 12.11†, 4.13, 7.34.

W.-Gladbach-Noermond-Antwerpen.

W.-Gladbach Abf.: 8.41, 11.16, 1.20, 6.39, 9.58, 1.12

Rhepbdt: 8.49, 11.24, 1.28, 6.47, 10.5.

Rheinbahlen: 9.—, 11.35, 1.39, 6.58, 10.15.

Dalheim: 9.12, 11.51, 1.52, 7.10, 10.27.

Noermond: 9.39, 12.28, 2.28, 7.35, 10.56.

Antwerpen Anf.: 12.38†, 5.51, 10.43.

Antwerpen-Noermond-W.-Gladbach.

Antwerpen Abf.: 6.13, 10.57, 3.4, 6.40.

Noermond: 6.49, 9.39, 2.9, 6.6, 9.58.

Dalheim: 7.30, 10.13, 2.43, 6.40, 10.31.

Rheinbahlen: 7.50, 10.32, 3.2, 6.59, 10.47.

Rhepbdt: 8.1, 10.41, 3.13, 7.9, 10.57.

W.-Gladbach Anf.: 8.18, 10.47, 3.20, 7.15, 11.3.

Preussische Eisenbahn.

Von Neuss nach:

Rhein: 7.46, 10.14, 11.56, 1.49, 3.56†, 6.35, 9.25.

Von Rorf nach Rhein: 7.56, 10.25, 12.6, 6.44, 9.25.

Am 9. Febr.: Wilhelm, Sohn des
 Bauers Philipp Heinrich May. — Am
 10.: Elisabeth, Tochter des Tagelöhners
 Werner Jacobs. — Am 11.: Hermann,
 S. des Handelsmannes Anton Stein. —
 Hermann Joseph, S. des Schlossers Her-
 mann Hubert Niebach. — Maria Gertrud,
 Josefine Hubertina, T. des Wirths Theo-
 dore Hubert Hanen. — Am 13.: Heinrich
 Joseph Hubert Maria, S. des Hoteliers
 Gerhard Heinrich Bergaus. — Hein-
 rietta Catharina, T. des Gärtners Her-
 mann Josef. — Heinrich, S. des Sand-
 formers Peter Hahn. — Am 14.: Wil-
 helm Conrad, S. des Bahnmeisters Wil-
 fried Hüjer. — Peter Mathias Hubert,
 S. des Tagelöhners Mathias Hubert
 Aunten. — Anna, T. des Schreiners
 Friedrich Reinsbagen. — Helena, T.
 des Mühlengillens Johann Weiser. — The-
 reisia Hubertina, T. des Tagelöhners Jac.
 Hubert Wilhelm Siebens. — Franz Carl
 Mathias, S. des Büchsenmachers Gerhard
 Hubert Coenen. — Am 15.: Adam und
 Peter, Zwillingssinder des Schützenma-
 chers Wstf. Michael Winkels. — Anna Mar-
 garetha, T. des Pfleisters Joseph Ven-
 gen. — Wilhelm Hubert, S. des Schuh-
 makers Wilhelm Gierb. — Am 16.:
 Maria Cäcilia, T. des Kaufmannes Ar-
 nold Elbern. — Johann Peter, Sohn
 des Stationsassistenten Johann Leo-
 pold Brey. — Am 17.: Peter Hubert,
 S. des Fabrikarbeiters Johann Diden.
 Anna Maria Clara, T. des Brief-
 trägers Peter Walstorn. — Hubert Ma-
 thias Gerhard, S. des Tagelöhners Peter
 Josef Gärtner. — Martha Louise, T. des
 Kettenchmieds Johann Adam Schneide-
 r. — 4 uneheliche Gburten.

Dienstag den 22. Februar,
 Morgens 10 Uhr, bei dem
 Wirthe Beckers zu Delhoven
 und Freitag den 25. Februar,
 Morgens 10 Uhr, bei Geschw.
 Schmitz zu Straberg.

Am Mittwoch den 23. Febr.
1881, Nachmittags 2 Uhr,
im Wirthschaftslocale von Schmalbach zu
Neuerbihrn, läßt Herr Frz. Ger. d. t.
zu Kaarft auf Erreit gegen Bürgschaft
verkaufen:

25 Malt.	9-wodene Pflanzkartoffeln
20 "	blaue ditto,
10 "	Büttgerfäde ditto,
60 "	blaue Speisekartoffeln,
25 "	Büttgerfäde ditto.

Gleich nach dem Verlaufe läßt Herr
Franz Dündler auf mehrere Jahre
verpachten:

35 Acre	32 Meter Land am Ribitz- busch neben Wilhelm Knoch und Paul Tilmess;
7 Acre	50 Meter Land daselbst neben Droiz und Witthoff.

Ruß. Rainer Schopen.

Dienstag den 1. März curr.,
Nachmittags um 2 Uhr,
20 Rrn. Schlagholz und junge
Eichen und Eichenstäben."

derschinken, Schmalz, Margarin- Tafelbutter (von Landbutter nicht zu unterscheiden), fortwährend frische Eier sowie Schweine- u. Kindesdärme. Alle Artikel in bekannter Güte zu den billigen Preisen en gros et en detail empfiehlt die Fleischwaaren-Handlung von **Schreff-Sansen.** Neuh. Büchel 44.

katholischer Verein junger Kaufleute.
Morgen, Dienstag 22. cr., Abends punkt 8½ Uhr:
Große
carnevalistische Sitzung
in närrisch decorirten Saale der Constantia, wozu
ererbten Mitglieder fremdblickt eingeladen sind.
Es wird gebeten mit einer närrischen Behauptung



Der Unterzeichnete Pfarrer in der durch Miskente, Hagel-
schlag und eine bereits über's Jahr andauernde bössartige Typhus-
epidemie hart heimgefallenen Eigengemeinde Büte nach, bittet
um Vorkreitung dringender Reparaturkosten in seiner armen
Pfarrkirche um ein Fastenalmosen.

N. Krak, Pfarrer.

Die Expedition dieser Zeitung übermittelt die Gaben.

herausgegeben von Dr. Franz Hülskamp in Münster.
Jährlich 24 Hrn. à 32 Espalten hoch 40, für 4 M. p. Jahr.
1881. Nr. 3. Inhalt: Das Freiburger Kirchenconcilium (Hüls-
kamp). — Kritische Referate über Neteler's, Widell's u. Gielmann's Schriften
über Petri P. Faber's Leidenreden (Hunzabauer); V. Schulz Höpfich's
Leben zur Zeit der Minnesinger (Nordenberg); Habets De Weddercoopers
te Maastricht (Dietkamp); Adolphi Artemisia u. Lehmann Aurelia (Reiter);
Eitard Geis. der Kirchenmusik, Riehl Musikal. Declamation u. Mayer Kindes-
alter der Tonkunst (Päunzer); Gerckenbach Die Welt (Molius); Woel
die Presse in Oesterreich-Ungarn, Baldamus Kathol. theol. Lit. seit 1875 und
Erinnerungen eines alten Münsteraner's (Hülskamp). 13 Notizen. — In-
halt der neuesten Zeitschriften. — Novitäten-Verzeichniss.

nn und ital. **Kanagaras**, zähmen und **Leppide** in reijenden türfischen, fchot-
Euzener u. wilden Kleinfleamen, wiffen und buntfarbigten Muffern, 2 M.
Föbberffen, 14 Tage vor Mai und, 160 Ctm. breit, Städ nur 4 1/2
spätere, dicke **Bohnen**, **Strand-** lang, 160 Ctm. breit, Städ nur 4 1/2
und **Stangenbohnen** aller Art, Bettvorlagen in gleichen paffenden
befstochene **Kiefen**, grüne und Muffern, 130 Ctm. lang, 68 Ctm
gefädelte **Erfen**, **Bohnen** breit, Paar nur 2 M. 50 Pfg. folter
Kiefen, gefädelten und ungefädelten fchleimigt auverfaltet werden und fender
diefelben gegen Nachbome. **Mar Levit**, Kreiberg in Sachfen

Dicke Bohnen
vorräthig und auch sackweise
zu haben in der Samen-Hand-
lung von
Joh. Kersting,
am Rwe. Remmerich Markt.

Das Christenthum.
und die Einsprüche seiner
Gegner.
Vierte Auflage, bearbeitet von
Dr. Ferdinand Rheinländer,
Religionslehrer am Gymnasium
zu Reuß.

der rühmlichst bekannten Tyroler Gesell-
schaft „Novesia“ 8 Damen und 4
Herren in National-Tracht. Ganz neues
Programm.
Anton Matheisen, Glodhammer

Vertreter
für Grevenbroich u. Umgegend
gesucht. Fro. Off. sub D. O. 2115 bes.
G. L. Daube & Cie. in Köln.

niedergelassen, empfehle mich in allen
vorkommenden Arbeiten.
Joh. Appendorf, Büttgen-Driesch

Eine **Person** gelesenen Alters, welche lange Jahre einer kleinen Haushaltung selbstständig vorgestanden, sucht ähnlich Stelle in einer stillen Haushaltung.
Wo, sagt die Exp.

zu jedem Gebrauche geeignet, laß Er
dit billig zu verkaufen.
Nab. in der Grp.
